

EICHWALDER BÜRGERINITIATIVE FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT
in der Bürger-Initiative NOTWEHR Anlieger BER Ost-West-Aktions-Gemeinschaft,

c./o. Stubenrauchstraße 71, 15732 Eichwalde,

in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM

Eichwalde, am 3. Oktober 2014

Az.: Io + EG

PRESSE - INFORMATION

25 Jahre deutsche Einheit - können wir noch voneinander lernen ?

- eine kabarettbezogene BER-Realsatire zu einem sehr ernstem Anliegen -

Nach 25 Jahren bietet sich ein Rückblick an. Der MAZ-Jubiläumsreport thematisierte nur Fragen, wie wir rückblickend über uns sowie die Mitbürger der jeweils anderen Seite und über die Situation an sich denken. Aber wir können dazu durchaus auch noch voneinander lernen!

Am Vorabend des 3. Oktober konnte ich z.B. aus dem Beitrag der Trägerin des Bayerischen Kabarett-Preises 2014 im Bayerischen TV-Programm eine grundlegende Antwort zur Unverständlichkeit Brandenburger BER-Politik ableiten, deren psychologische Grundlagen am 30. September 2014 bereits Ranga Jogeshwar im Beitrag "Quarks & Co.: Geld regiert die Welt - regieren wir mit?" im Westdeutschen Rundfunk erläuterte.

Nun sind zwar sowohl Bayern als auch Brandenburg Flächenländer mit viel bodenständig-landwirtschaftlich geprägten Bürgern, so daß Gemeinsamkeiten erwartbar waren - eine Erklärung zu großen Fragen Brandenburgischer Politik, wie zum größten Infrastrukturprojekt unserer Region, hätte ich aber trotzdem nie erwartet.

Als im Bayerischen Fernsehen gestern abend die Meinung vertreten wurde, der Bürger müsse mehr ein persönliches Verhältnis zu Milchkühen aufbauen, verstand ich dies nicht gleich. Aber dann fiel mir ein: viele junge Mütter sehen sich ja veranlaßt, ihren Babys statt eigener Kuhmilch zu verabreichen, was schon genügend Grund für ein persönlicheres Verhältnis sein sollte. Und dann ergänzte die Künstlerin, die Kühe würden ihr noch nicht ganz Verdautes lange Zeit wiederkauen, so daß sie für sich auch den letzten möglichen Vorteil ziehen würden, bis sie also diesen gezogen hätten - und da fiel mir dann sogleich die Brandenburger BER-Politik ein! Und auch die Sendung zwei Tage zuvor mit Ranga Jogeshwar, welcher die Frage untersuchte, ob kollektive Versuchungen Bürger eher zu moralwidrigerem Verhalten veranlassen, als wenn sie ganz allein vor dem Problem stünden, erschien als relevant. Und wirklich: im Kollektiv ließen sich prozentual mehr Bürger für 10 € zur Genehmigung der Tötung einer unschuldigen Maus verleiten, als wenn sie diese Frage allein zu entscheiden hatten.

Schlagartig wurde mit klar, weshalb Flughafen, Landesregierung und der alte Landtag geradezu gebetsmühlenartig Rechtspositionen zum BER-Projekt wiederkauten, welche ihnen BER-Kritiker schon teils seit Jahren detailliert widerlegten, z.B. zur Nichtigkeit von BER-Rechtsakten wie dem Planfeststellungsbeschluß und zu Lärmschutzmaßnahmen und -maßstäben im unmittelbaren BER-Umland!

Sie kauen ihre Positionen auch nach deren Veraltung wieder, um für sich den maximalen Nutzen daraus ziehen zu können!

Schon nach dem Unlandsgemeindenverbandsflyer gemeinsam mit Bürgerinitiativen "Dauverbrenner BER - Milliardenesaster für Land und Leute" hat im BER-Umfeld, Wahlkreis 26, nur etwa jeder 9. Wahlbürger noch die SPD und nur noch etwa jeder 40. Wahlbürger noch DIE LINKE gewählt, während jeder 2. Wahlbürger die Stimmenabgabe verweigerte! Was wäre erst geschehen, wenn vor der Wahl das Wegbrechen jeder aktuellen Rechtsgrundlage für das BER-Projekt offiziell zugegeben worden wäre!??? Unvorstellbar!

Die CDU wählte hier auch nur jeder 5., die GRÜNEN sowie die AfD etwa jeder 20. Wahlbürger, und die NPD etwa jeder 27. Wahlbürger - mehr als DIE LINKE! Ein absolutes Novum!

Dazu wäre noch zu bemerken: Der aufklärende vorgenannte Wahlflyer kam erst kurze Zeit vor der Wahl in Umlauf, sonst wären ferner wohl auch noch viel mehr BER-Kritiker in den Landtag eingezogen! Wollte CDU-Chef Dr. Schierack kein Ministeramt, weil die auch so desolaten Rechtsproblematik zuvor an ihn herangetragen wurde, auch wenn er darauf nicht direkt brieflich reagierte?

Und wie ist die knappe Direktwahl von SPD-Staatssekretärin Tina Fischer einzuordnen? Bei der Bundestagswahl verlor Tina Fischer haushoch gegen die CDU-Newcomerin Jana Schinke, m.E. weil diese auch gegen Parteidisziplin erklärte, BER-Projekt-Verstöße gegen übergeordnetes Recht thematisieren zu wollen. Was geschah nach der Wahl? Nichts dergleichen gehört! Aber nach dem erfolgreichen Volksbegehren zum Nachtflugverbot erklärte "Bürgeranwältin" Tina Fischer, auch unterschrieben zu haben, und, wohl vertraulich, an sie wären deshalb sogar Rücktrittsforderungen gerichtet worden - ein Vertrauensbonus für die "Bürgeranwältin", welcher nach der Nichtigkeitserklärung des LEP B-B durch das OVG Berlin-Brandenburg und der sich daraus auch ergebenden Landesverfassungswidrigkeit vieler tragender BER-Rechtsakte erst noch einzulösen ist.

Ist es nicht geradezu frappierend, wie sich überraschenderweise tiefgründige Erklärungen ergeben, wenn man die Erkenntnisse aus dem Osten, Westen, Norden und Süden Deutschlands zusammenbringt? Ein bisher noch nicht angesprochenes Positivum der deutschen Einheit! Ein noch nicht angesprochenes Negativum ist die größere Verkehrsunsicherheit von S-, U- und Fernbahnen bezüglich Strecken, auf welchen sie hier vor der Wiedervereinigung fuhrten - und billiger sowieso. Vielleicht ist da ja auch was vom Osten zu lernen, z.B. Betrachtungen in mehr systematischer Weise, wie dies zum BER-Projekt schon durch Bürgerinitiativen geschah, welche den Flughafenchef über Schallschutzpegel und geltendes Recht aufklärten? Denn zum BER-Projekt existiert keinerlei systematische Betrachtungsweise Verantwortlicher, was schon allein daraus erkennbar ist, daß niemals eine präzisierte Aufgabenstellung für dieses Projekt existierte, sondern stattdessen hunderte Planungsänderungen während der Planungsphase, ja, noch schlimmer ist, daß nach aktuellen Erklärungen des neuen FBB-Technik-Chefs Marks eine solche präzisierte Aufgabenstellung sogar bis heute, zwei Jahre nach dem letzten geplatzen Eröffnungstermin, noch nicht einmal erarbeitet vorliegt! Dies zeugt wohl nur von einem: von planungs- und aufsichtsrechtlichen Superhorrordilettantismus! Eine Gelddruckmaschine auf Steuerbürgerkosten für Verantwortliche, Berater und Baufirmen - das allein scheint das BER-Projekt zu sein!

Eines aber tröstet; Die Amnäsie, Ignorantäsie und Subalternämie verantwortlicher BER-Gremien hat nun wenigstens noch eine ergänzende bodenständige Erklärung gefunden! Und weshalb beim BER-Projekt nicht nur Mäuse, sondern auch Wahlbürger gesundheitlichen Risiken bis über Schädigungen hin zum Exitus ausgesetzt werden sollen, auch gleich noch! Aber vielleicht erleichtert diese Erkenntnis in absehbarer Zeit wirkliches Umdenken? Im Interesse aller Brandenburger, nicht nur der BER-Anlieger, kann man dies nur hoffen, denn die sinnlos vergeudeteten Mittel reißen ja schmerzhaft Löcher in vielen kommunalen Etats in allen Landesteilen!

Diesbezüglich sollten wir nämlich eines nicht vergessen: Im Tierreich sichert Gruppenverhalten und Wiederkäuen, speziell für die Fütterung des Nachwuchses, die Erhaltung der Art durch Schaffung optimaler Entwicklungsbedingungen für kommende Geschlechter.

Das Wiederkäuen fachlich wie rechtlich längst überholter Ansichten beim BER-Projekt aber bewirkt gerade das Gegenteil dessen: die gesundheitliche und entwicklungsmäßige Behinderung des Nachwuchses - und nicht nur dessen Schädigung!

Um mehr gruppenspezifischen Einsatz mit mehr mentaler Komponente in positiver Weise zu fördern, wurde deshalb zum Tag der Rechte der Kinder an den Landtag Brandenburg ein Appell gerichtet, bereits in seiner konstituierenden Sitzung die Verkündung des von Landtag und Landesregierung unverändert angenommenen Volksbegehrens zum Nachtflugverbot im Gesetzblatt zu beschließen - als ersten Schritt zur Umkehr. Genau so ist die Verkündung der Nichtigkeit aller landes-, bundes- und EU-verfassungswidrigen BER-Rechtsakte mit grund- und menschenrechtswidrigen fachlich falschen Festlegungen endlich als von Anfang an und ohne Weiteres, also ex tunc ipso iure, im Gesetzblatt zu veranlassen, da schon ein Verstoß gegen EU-Recht von 2002 konstatiert wurde z.B..

Das BER-Projekt kann nur genau so platzen, wie das EuroHawk-Projekt platzte, weil gleichermaßen gegen ICAO-Bestimmungen verstoßen wurde - und dies von Anfang an, ob zu Grundsatz- oder Detailproblemen!

Übrigens: Wegen Unterlassung der Verkündung des angenommenen Volksbegehrens zum Nachtflugverbot im Gesetzblatt soll inzwischen Verfassungsbeschwerde erhoben worden sein.

Und: diejenigen sicherheitsrelevanten Bestimmungen, welche beim BER-Projekt mißachtet wurden und deren Einhaltung BER-Kritiker fordern, erhob der Freistaat Bayern bereits vor einem halben Jahrhundert in Verbindung mit dem Neubau des Münchner Flughafens Erdinger Moos zu einzuhaltenden Grundsatzforderungen für eine präzisierte Aufgabenstellung, nachdem die zunächst geplante Erweiterung von München-Riem wegen eines Flugzeugabsturzes über besiedeltem Gebiet unterlassen wurde.

Und gerade diese ICAO-Festlegungen wurden schon 2002 zu geltendem EU-Recht erhoben, als Mindestforderungen, welche der BER-Planfeststellungsbeschluß von 2004 dann widerrechtlich mißachtete!

Können wir also voneinander lernen? Aber ja: durchaus und sogar sehr Grundsätzliches! Zumal unsere Bundeskanzlerin in ihrer aktuellen Jubiläumsansprache betonte, Demokratie, Freiheit und Menschenrechte könne man nicht geschenkt bekommen - man müsse dauernd für deren Erhaltung kämpfen!

Dies stellt eine allgemeingültige Aussage dar gemäß gegebener Richtlinienkompetenz, weshalb ich diese Aussage auch als öffentliche Antwort auf mein BER-Schreiben an die Bundeskanzlerin glaube betrachten zu können.

Also: Auf in den Kampf - und keine Müdigkeit vorgeschützt!

An dieser Stelle möchte ich deshalb auch all meinen Mitstreitern für die Zusendung BER-relevanter Informationen, für eigne Arbeitsergebnisse und für mir dadurch ermöglichte Schlußfolgerungen, für deren Umsetzung als E-Mails und ins Internet sowie für das Herantragen an verantwortliche Politiker sehr herzlich danken!

Gemeinsam sind wir stark, auch gemäß dem aktuellen und unvergessenen Slogan

"Wir sind das Volk!"



Dr.G.Briese, EICHWALDER BI FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVEFBOT

P.S.: Eine Bemerkung zur Folgeseite:

Wäre das Wahlergebnis des von BER-Folgen stark betroffenen Wahlkreises 26 repräsentant für das Land Brandenburg, so wäre die Regierungspartei DIE LINKE bereits an der wahlrechtlichen 5%-Hürde gescheitert!

Wie groß müssen Ärger, Enttäuschung und Betroffenheit von Bürgern sein, wenn sie eine Regierungspartei in dieser Weise abstrafen? Hoffentlich bleibt dies bei den Koalitionsverhandlungen nicht unvergessen!

Brandenburger Landtagswahl 2014;

Zweitstimmen

von durch Bürger- und Menschenrechtsverletzungen beim BER-Projekt
aufgrund von

Amnäsie, Ignorantäsie und Subalternämie verantwortlicher Gremien
betroffenen Bürgern im BER-Umfeld,

Wahlreis 26,

Eichwalde, Schulzendorf, Zeuthen, Wildau, Schönefeld, Mittenwalde
und Bestensee,

nach MAZ-Angaben

(beim Beziehen auf die Entscheidung aller Wahlberechtigten sind
die Prozentzahlen wegen Wahlgangsabstinenz vieler Wahlbürger
in etwa zu halbieren)

CDU	SPD	GRÜNE	AfD	NPD	LINKE	FDP	Sonst.
39%	22%	9,8%	9,8%	7,3%	4,9%	4,9%	2,3%

